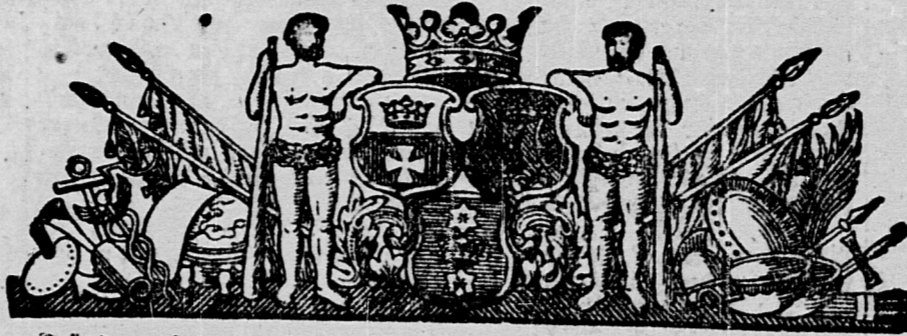


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk., frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld).

Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk.

Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Neuhner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Mühlenthorstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegengenommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 40 Pfg.; für Aufträge außerhalb Ostpreußens 50 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 30 Pfg.) Vorzugsanzeigen 1,50 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg. Postsch. Nummern: 141, Königsberg. Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, An der Apostelstraße 7. (Lünow 6202/3.)

Weimar und der Entwurf der Reichsverfassung.

Berliner Straßenkämpfe. — Zur Auflösung der Soldatenräte. — Die Internationale. — Für unsre Kriegsgefangenen.

Die Zukunft der Soldatenräte.

In Berlin haben im Verlaufe dieser Woche die Delegierten der Korps-Soldatenräte getagt. Die überaus weitreichenden Verhandlungen drehten sich vorzugsweise um die Verordnung über Neuordnung der Kommandogewalt.

In einzelnen lag ihnen folgende Tagesordnung zu Grunde: 1. Die Zukunft der Soldatenräte; Referent: Vollzugsrat Däumig. — 2. Der Reichssoldatenrat. — 3. Die Revolution und die militärischen Maßnahmen der Regierung. Referent: Barth und Ewers. — 4. Der Grenzschutz im Osten.

In der Debatte über diese Gegenstände, die sich durch verschiedene Lage hindurch meinte Referent Däumig (l. S.) u. a. Schritt für Schritt wird den Soldatenräten das Wasser abgegraben. Militärische Entscheidungen werden über die Köpfe der Soldatenräte getroffen; ohne die Armee zu fragen, werden von Ginz und Kunz Kreiskorps angeworben. Der Dezemberkongreß hat den Zentralrat mit der Durchführung der Hamburger Punkte beauftragt; der Zentralrat hat das ihm geschenkte Vertrauen mißbraucht. — Der frühere Volksbeauftragte Barth schloß in seinem Referat die Vorgänge in der Regierung während seiner Amtstätigkeit. Jede positive Arbeit der damaligen Regierung sei an der Autoritätskrise gescheitert. Ebert, Scheidemann und Hoste seien Hampelmänner in der Hand des Chauvinisten Landsberg. Der Grenzschutz im Osten ist das schwerste Verbrechen. Weiter sprach der Redner über die Ruffische in Berlin. Am Schluß seiner Rede betonte er ebenfalls die „eminente Wichtigkeit eines Armeerates“.

Aus der Rede Däumigs und Barths dürfte zur Genüge hervorgehen, von welchem Geist die Beratungen der Korps-Soldatenräte beherrscht waren. — Ueber ihren Verlauf hatte der Zentralrat der Regierung nach Weimar auf telephonischem Wege Mitteilung gemacht. Die Regierung erteilte in einzelnen Punkten eine entgegenkommende Antwort, erklärte jedoch, daß sie den Wunsch der Korps-Soldatenräte, die Verordnung über Neuordnung der Kommandogewalt „ganz auszulassen, bis die Ausführungsbestimmungen erschienen seien“, nicht erfüllen könne.

Ähnliche Ansichten über die „Notwendigkeit“ des Räte-systems wie in der Berliner Konferenz der Korps-Soldatenräte, über das Verhältnis der Regierung zu den Arbeiter- und Soldatenräten usw., sind auch auf dem Königsberger Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Ostpreußens zum Ausdruck gekommen. Hier vertritt sich einer der Redner sogar in der Aeußerung: „Die Regierung möge es wagen, die Arbeiter- und Soldatenräte auseinanderzulassen, sie wird ihr blaues Wunder erleben.“ Demgegenüber erhebt uns von einigem Gewicht, was jüngst der Volksbeauftragte Scheidemann, der mutmaßliche künftige Ministerpräsident des deutschen Reichsministeriums, über das Räte-system geäußert hat. Herr Scheidemann äußerte einem Referenten gegenüber: „Die alten Soldatenräte, ein Überbleibsel des verschwundenen Heeres, sind vollkommen überflüssig geworden. Ihre Beibehaltung wird auch schon aus wirtschaftlichen Gründen zur bringenden Notwendigkeit, denn diese angebliche Errungenschaft der Revolution, das Räte-system, kostet jeden Tag viele Hunderttausende.“ Ferner wies Scheidemann darauf hin, daß vielerorts die Arbeiter- und Soldatenräte eine geradezu „gemeingefährliche Wirksamkeit“ entfaltet hätten, worüber alle Reichsämter mit Beispielen aufwarten könnten.

Ueber die Machtansprüche der Räte“ und im Zusammenhang damit über die Neuordnung der Befehlsgewalt im Heere spricht sich eben auch in einem Leitartikel des „Vorwärts“ Obersta. D. Gädle, langjähriger militärischer Mitarbeiter des Hauptorgans der deutschen Sozialdemokratie, in höchst beachtenswerter Weise aus. Gädle betont — den Forderungen der Soldatenräte mit wohlklingenden Gründen entgegengetreten — u. a. sehr nachdrücklich, daß ein Zustand, in dem die Soldatenräte Befehlsgewalt neben der geordneten Gewalt der Vorgesetzten besitzen, für ein Heer, das diesen Namen verdienen, einfach unmöglich sei. Er führt hierzu weiter aus:

„Die Soldatenräte können ein vortreffliches Bindeglied zwischen Vorgesetzten und Untergebenen sein, können die Klagen und Wünsche der letzteren auf dem kürzesten Wege, ohne Zwischenglieder, zu deren Ohren bringen, sie können das Vertrauen und das Verständnis zwischen beiden Teilen erhalten und vertiefen, sie können auch bei Erhaltung der Manneszucht; mitwirken: ein Werkzeug der Befehlsgewalt, — ein Mittel zur Ueberwachung der Vorgesetzten, ein politischer Verein können sie nicht sein. Das heißt die Politik in das Heer tragen, wo sie nichts zu suchen hat. Dieser Grundlag hindert nicht die politische Freiheit des einzelnen, aber das Ganze als bewaffnete Macht; des Staates darf keine Politik treiben. Das Heer ist entweder ein stummes Werkzeug der Staatsgewalt, oder es bedeutet die Auflösung der Staatsgewalt, — oder es unterordnet unter die Herrschaft des Bößes, die Macht einer bewaffneten Minderzahl, die die Herrschaft des Gesetzes durch Pulver und Blei ersetzt.“

So wie der Staat keine politisierenden Generale dulden kann, die das Heer gegen die Regierung auszuspielen wollen, so kann er noch weniger die politisierenden Soldatenräte brauchen, die die Anarchie in ihrem Schoße tragen,

wie Bremen und Hamburg beweisen, wie es der Sportfussball in Berlin gezeigt hat. Die politische Rolle der Soldatenräte muß ausgepielt haben oder Deutschland geht zugrunde. Jeder Soldatenrat glaubt sich berechtigt, den Anordnungen der Reichsregierung entgegenzutreten, jeder Soldatenrat hält sich für eine kleine Republik, aber zugleich für einen verantwortungsvollen Herrn des Volkes, das zufällig im Bereich seiner Maschinen-gewehre und Handgranaten lebt.

Die Mitglieder der Soldatenräte besitzen ihre gutbesoldete Machtstellung in vielen Fällen nicht einmal durch das Vertrauen ihrer Kameraden — eine an sich ungenügende und sprunke Grundlage zur Herstellung eines Vorgesetztenverhältnisses —, sondern durch ihre größere Reife, Rednergabe und Neigung zur Gewalt. Es ist eine ganz winzige Minderheit, die ohne gezielte Grundlage mit Hilfe einer geringen Zahl bewaffneter Leute über die große Masse des deutschen Volkes herrschen will.

Die Gebieter im Heere müssen ihre Bestallung von der Regierung haben und müssen Diener des Volkes sein. Ob man sie Offiziere nennt oder wie sonst, ist völlig gleichgültig. Der geringste im Heere muß die Möglichkeit haben, bis zu den höchsten Stellen emporzurücken. Aber er muß zwei Voraussetzungen erfüllen: er muß in sich selbst die natürlichen Anlagen zum Vorgesetzten haben, die geistigen und sittlichen Bedingungen erfüllen, und er muß sich, wie überall, die erforderliche Berufsausbildung erworben haben. Ohne sie ist es nun einmal nicht möglich, Lehner und Führer des Volkes zu sein. Ueber beide Voraussetzungen aber kann nur die Regierung, und in ihrem Auftrag der Kriegsminister, Regeln aufstellen und schließlich selbst oder durch Beauftragte die Auswahl treffen. Die Untergebenen können es selbstverständlich nicht. Denn sie selbst erfüllen vorläufig noch nicht die erforderlichen Bedingungen, können sie sich vielleicht später erwerben. Sägt man in irgendeinem Bereiche die Weiser von den Lehrlingen eremmen?

Der „Vorwärts“ erklärt, den Gädle'schen Darlegungen in ihrer Grundtendenz zuzustimmen, und er hofft sogar, daß sie Verständnis und Zustimmung auch bei denjenigen Soldatenräten finden werden, die „gewissenhafte Arbeit nach besten Kräften geleistet hätten.“ Diese Hoffnung will uns recht trügerisch bedünken, insbesondere angesichts des ungewöhnlich heftigen Widerstandes, den die Regierungsverordnung über Neuordnung der Kommandogewalt gefunden hat und fortgesetzt findet. Nichtsdestoweniger muß für das künftige Volkstheer, wenn es etwas taugen, eine zuverlässige, brauchbare Schutzwehr für das Reich bilden soll, der Satz gelten: keine politisierenden Soldatenräte und keine Befehlsgewalt in den Händen der Soldatenräte! Alle Befehlsgewalt ruht bei den ordnungsmäßig berufenen oder ernannten Vorgesetzten, die — als ihrem obersten Kriegsherrn — der Regierung und der Volkserrettung unterstellt sind. Für den alten abgeschafften Militarismus der Soldatenräte einzuweichen, das muß gänzlich ausgeschlossen sein.

Freiheit für unsere Kriegsgefangenen.

W.B. Berlin, 8. Februar. Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen sendet durch die Funkpruchstation Rauen folgenden Hilferuf:

„An alle Völker der Erde! Der Krieg ist beendet; das deutsche Volk hat wieder den Willen noch die Macht, ihn wieder aufzunehmen. Das deutsche Volk will Völkerrufen, Völkerfreiheit und Völkerberühung. Der Haß, der die Welt vergiftet hat, soll verschwinden. Aber noch droht dem neuen Menschheitsideal eine jurchbare Gefahr. In der Geburtsstunde des Völkerbundes werden 800 000 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene ohne Fristsetzung ihrer Heimat vorenthalten. Kriegsgefangenschaft nach Kriegsende ist Sklaverei! Sklaverei ist Vergeßlichkeit der Menschlichkeit und des Völkerrechts! Unauslöschlicher Haß ist die Frucht, die daraus erwachsen muß. Das deutsche Volk verlangt, daß die Gerechtigkeit, die Präsident Wilson der Welt verkündet hat, auch uns widerfähre. Das deutsche Volk wird niemals einen Frieden erdulden, der seine nationale Ehre mit Füßen tritt. Im Namen der Menschlichkeit wendet es sich an das Gewissen der Welt. Im Namen der Gerechtigkeit fordert es: Gebt uns unsere gefangenen Brüder wieder!“

Vor der neuen Waffenstillstandsverlängerung.

B.D. Weimar, 8. Februar. Da sich die Entente abermals weigert, den Waffenstillstand ohne Verhandlungen zu verlängern, hat Staatssekretär Erzberger als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission an die Entente telegraphisch die Aufforderung gerichtet, die neuen Verhandlungen schon am 12. Februar anzubereitern, da er unbedingt verlangen müsse, daß eine entsprechende Zeit für die Verhandlungen freibleibe. Es wird sich bei den Verhandlungen wohl um sehr wichtige wirtschaftliche Fragen handeln. Zur Zeit ist in den Verhandlungen mit der Entente beinahe eine vollkommene Stodung eingetreten.

W.B. Amsterdam, 8. Februar. „Algemeen Handelsblad“ zufolge erklärte Last auf einem von 3000 Delegierten bewachten Kongreß der Liga zur Erziehung des Friedens, der Knüppel müsse über Deutschland gehalten werden. Der Weltfrieden hänge vom Völkerbund ab. Ein Mißgelingen des Bundes würde den Krieg bedeuten.

Neue Straßenkämpfe in Berlin.

B. D. Berlin, 8. Februar. Heute nachmittag kam es in der Gegend der Weinmeister- und Neuen Schönhauser Straße zu einem Kampfe zwischen Regierungstruppen und wilden Händlern. Das „Acht-Uhr-Abendblatt“ erhält darüber folgenden Bericht: Heute vormittag wurde die Gegend zwischen dem Alexanderplatz und dem Bahnhof Börje abgesperrt, um dort die Durchsuchung der Häuser nach Waffen vorzunehmen. Hierbei kam es in der Neuen Schönhauser Straße an der Ecke der Weinmeister- und Münzstraße zwischen Regierungssoldaten und wilden Händlern zu Kämpfen, die bis Redaktionsschluß noch andauern. Die Regierungstruppen hatten, als sie die Absperrung der Gegend zwischen dem Bahnhof Alexanderplatz und dem Bahnhof Börje vornahm, die in der Weinmeisterstraße, der Neuen Schönhauser Straße und der Münzstraße in großer Menge herumlungenden wilden Händler aufgefordert, die Straße zu räumen. Diese weigerten sich aber, dem Befehl nachzukommen und rotteten sich zusammen, um gegen die Regierungstruppen vorzugehen. Es fehlte nicht an einigen Aufwieglern, die die Massen zu einem Kampfe gegen die Regierungstruppen aufhetzten. Ihre Bemühungen waren erfolgreich. Denn bald darauf begannen die Händler mit lässlichen Angriffen gegen die Regierungstruppen. Viele machten von Knütteln Gebrauch, andere schlugen mit den Fäusten auf die Soldaten ein. Einem Soldaten wurde das Gewehr entrisen und zerbrochen. Der Führer der Regierungstruppen wollte noch immer nicht von der Waffe Gebrauch machen und forderte die Angreifer nochmals auf, freiwillig die Straße zu räumen. Als aber auch dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, wurde der Befehl zum Feuer gegeben. Es war 1 Uhr, als die Regierungstruppen die erste Salve abgaben. Die Schüsse wurden in die Luft abgegeben, um auf diese Weise die Angreifer zu verschrecken. Als die Schüsse aber nicht den beabsichtigten Erfolg hatten, wurden scharfe Schüsse abgegeben. Bald darauf wählten sich die ersten Verwundeten in ihrem Haufe. Im ganzen sollen bisher fünf Tote und dreißig Verwundete festgestellt worden sein.

Die Regierungstruppen waren anfangs nur 50 Mann stark. Als aber die Zahl der Angreifer wuchs, erhielten auch die Regierungstruppen Verstärkungen. Auf großen Lastautos kamen Mannschaften in voller Sturmtrümpfung herbei. Die Erregung unter den Angreifern wurde immer größer. Mit Kläffen: „Nieder mit den Bluthunden Ebert-Scheidemann!“ stürzten sie sich auf die Regierungstruppen. Sie wurden jedoch abermals durch Feuer zurückgedrängt. Unter den Angreifern befindet sich eine große Anzahl von Soldaten und Matrosen. Der Kampf geht fort. In der Sophienschule in der Weinmeisterstraße befindet sich der Stab der Regierungstruppen mit etwa 200 Mann. Die Angreifer sind vor dem Gebäude geblieben, indem sie eine drohende Haltung gegen die dort befindlichen Regierungstruppen einnahmen. Die Straßen sind schlecht abgesperrt, infolgedessen gelingt es immer wieder Anhängern der wilden Händler, die Absperrung zu durchbrechen. Die Anführer erhalten von allen Seiten Verstärkungen. Die Regierungstruppen, die den Verkehr der Straßenbahn eingestellt, da die elektrische Leitung dort durchschossen ist. Der Dampf bricht sich nach dem Alexanderplatz hin auszubehnen.

Aus Weimar.

Das Arbeitsprogramm der Nationalversammlung.

W.B. Weimar, 7. Februar. Nach den bisherigen Dispositionen wird die Nationalversammlung am Montag in die Besprechung des Verfassungsentwurfs eintreten, doch ist in Aussicht genommen, die erste, zweite und dritte Lesung am Dienstag zu Ende zu führen, damit am Mittwoch die Reichspräsidentenwahl vorgenommen werden kann. Hierauf würde sofort das Kabinett gebildet, damit am 12. Februar zu Beginn der Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes eine gesetzmäßige Regierung vorhanden ist. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, wird der Präsident der Nationalversammlung sofort nach Annahme des provisorischen Verfassungsgesetzes sein Amt niederlegen, weil sonst drei Präsidentenstellen, Reichspräsident, Ministerpräsident und Präsident der Nationalversammlung, allein in den Händen der Mehrheitssozialisten liegen würden. Dem Vernehmen nach wird dann der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt werden.

W.B. Weimar, 8. Februar. Je näher die Entscheidungstunde für das Natgesetz der Verfassung heranrückt, um so scharfer präßen die Gegensätze auseinander. Die Tatsache, daß die bayerischen Zentrumsabgeordneten unter der Führung von Dr. Hein gestern die bayerischen Abgeordneten aller anderen Parteien zusammenriefen mit der Absicht, gegen die Schaffung einer Reichsgewalt Sturm zu laufen, mag der Aufmerksamkeit der Verantwortlichen sein. Die bayerischen Abgeordneten, soweit sie nicht unter Herrn Deins Dörigkeit stehen, haben sich denn auch für dessen egoistische partikularistische Ideen herzlich bedankt und die Drohung Dr. Deins, eher die Reichsverfassung scheitern zu lassen, als daß Bayern seine partikularistischen Sonderinteressen aufgibt, konnte die Ansicht der meisten übrigen bayerischen Abgeordneten nicht ändern. Die Wünsche des Herrn Dr. Hein haben aber noch das eine Gute, sie haben allen Abgeordneten gezeigt, was bei den Verhandlungen der nächsten Tage

Mitbürger! In drei Wochen, am 2. März, sind die Gemeindewahlen!